

Dossier

über rechtsextreme und rassistische Aktivitäten mit Oberösterreich-Bezug

(Aktualisierte Fassung: Stand Mai 2011)

In Oberösterreich haben während der letzten drei Jahre rechtsextreme, rassistische und neonazistische Umtriebe massiv zugenommen:

- Im November 2008 wird eine Welser Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der „Reichspogromnacht“ durch Skinheads gestört.
- Ebenfalls im November 2008 erhalten engagierte Antifaschisten – darunter der Bürgermeister einer Statutarstadt und ein Landtagsabgeordneter – Morddrohungen.
- Im Februar 2009 wird die KZ-Gedenkstätte Mauthausen mit einer sowohl jüden- als auch islamfeindlichen Parole beschmiert.
- Im März 2009 findet in den Redoutensälen des Landestheaters ein „Freiheitskommers“ der zum rechtsextremen Milieu gehörigen Burschenschaft „Arminia Czernowitz“ statt.
- Im April und Mai 2009 will die „Nationale Volkspartei“ (NVP) – ihr Parteiprogramm stammt zum Teil wortwörtlich aus einem Schulungstext der SS – zwei Aufmärsche in Braunau und Linz durchführen, die nach breiten Protesten verboten werden.
- Im Mai 2009 attackieren jugendliche Täter bei einer Gedenkfeier in Ebensee KZ-Überlebende.
- Ebenfalls im Mai 2009 versammeln sich in einem Gasthaus in Grünau Rechtsextremisten zur Musik einer einschlägigen Band.
- Im Juni 2009 wird ein Linzer Kindergarten mit der gleichen Parole beschmiert wie im Februar die KZ-Gedenkstätte Mauthausen.
- Ebenfalls im Juni 2009 wird eine Ärztin afrikanischer Abstammung in einem Linzer Bus mit den Parolen „Abendland in Christenhand“ und „Neger raus“ rassistisch angepöbelt.
- Im Juli 2009 erhält eine homosexuelle Frau in Linz eine Postkarte mit einem Foto von NS-Propagandaminister Goebbels und der Drohung „Wir kommen!“.
- Im August 2009 wird eine Gospel-Kirche in Linz mit Hakenkreuzen und rassistischen Parolen beschmiert.
- Auch im August 2009 lassen die zuständigen Wahlbehörden nach breiten Protesten die „Nationale Volkspartei“ (NVP) sowie die Welser Bürgerliste DIE BUNTEN nicht zu Wahlen zu und zeigen sie wegen NS-Wiederbetätigung an.
- Ebenfalls im August 2009 wird der Bahnhof von Neuhofen an der Krems mit den Parolen „Wir töten Türken“ und „Sieg Heil“ beschmiert.
- Im Dezember 2009 wird die Wahlanfechtung der „Nationalen Volkspartei“ (NVP) vom Verfassungsgerichtshof abgewiesen.
- Im Februar 2010 wird bekannt, dass die „Nationale Volkspartei“ (NVP) für 8. Mai – dem Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands – einen „Trauermarsch“ durch die Linzer Innenstadt plant.
- Ebenfalls im Februar 2010 werden Fotos von Kandidaten der „Bunten“ mit neonazistischen T-Shirts und mit dem Hitlergruß veröffentlicht. Ein Teil dieser Fotos stammt aus der KZ-Gedenkstätte Mauthausen.
- Im März 2010 schließt Facebook nach einem Appell des Mauthausen Komitees Österreich (MKÖ) eine Fangruppe mit dem Titel „Kinderschänder, für Euch eröffnen wir wieder Mauthausen!“. Diese Fangruppe hat 13.000 Unterstützer, darunter auch Robert Faller, den „Generalsekretär“ der „Nationalen Volkspartei“ (NVP).
- Dito im März 2010 wird die Wahlanfechtung der „Bunten“ vom Verfassungsgerichtshof abgewiesen.

- Ebenfalls im März 2010 wird die KZ-Gedenkstätte Mauthausen neuerlich mit einer rassistischen und antisemitischen Parole beschmiert.
- Im April 2010 zeigt die SPÖ Oberösterreich die „Nationale Volkspartei“ (NVP) und die „Bunten“ wegen NS-Wiederbetätigung an und übermittelt die Anzeigen auch an Justizministerin Claudia Bandion-Ortner.
- Ebenfalls im April 2010 führt die Burschenschaft „Arminia Czernowitz“ in Linz eine Veranstaltung mit dem rechtsextremen deutschen Publizisten Richard Melisch¹ durch. Beworben wird die Veranstaltung durch ein Plakat mit einem nur geringfügig veränderten NSDAP-Motiv.
- Im Mai 2010 wird in Ansfelden eine Gedenktafel, die an den Todesmarsch der ungarischen Juden erinnerte, zerstört. Bereits davor wird in Ansfelden eine Kapelle verwüstet und mit rechtsextremen Parolen beschmiert.
- Desgleichen im Mai 2010 sagt die „Nationale Volkspartei“ (NVP) nach breitem Widerstand ihren „Trauermarsch“ durch die Linzer Innenstadt ab und nimmt stattdessen an einer rechtsextremen Kundgebung in München teil.
- Auch im Mai 2010 kritisiert das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ), dass die Staatsanwaltschaft Wels ein Jahr nach der Attacke jugendlicher Täter auf KZ-Überlebende in Ebensee noch immer keine strafrechtlichen Konsequenzen gezogen hat.
- Ebenfalls im Mai 2010 drückt ein bekannter Rechtsextremist in Linz seine Zigarette im Gesicht eines Lehrlings aus, der ihm als Antifaschist bekannt ist.
- Im Mai und Juni 2010 berichten mehrere Medien über den rechtsextremen Jugendclub „Objekt 21“ in Desselbrunn bei Schwanenstadt.
- Im Juni 2010 führt der Verfassungsschutz bei zwei führenden Funktionären der „Nationalen Volkspartei“ (NVP) Hausdurchsuchungen durch und beschlagnahmt Materialien.
- Im Juli 2010 will die „Nationale Volkspartei“ (NVP) in Frankenburg unter dem Titel „Arigona go home!“ eine Demonstration abhalten, die nach breiten Protesten verboten wird.
- Im August 2010 berichten mehrere Medien, dass der rechtsextreme Jugendclub „Objekt 21“ in Desselbrunn bei Schwanenstadt seine Umtriebe fortsetzt und sogar einen Internet-Versand betreibt. Der Verfassungsschutz führt eine Hausdurchsuchung durch.
- Ebenfalls im August 2010 kritisieren SPÖ, Grüne, KPÖ und Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ), dass die Anzeigen der Wahlbehörden gegen die „Nationale Volkspartei“ (NVP) und die „Bunten“ bereits ein Jahr zurückliegen, aber die Staatsanwaltschaften Linz und Wels noch immer keine strafrechtlichen Konsequenzen gezogen haben.
- Im September 2010 werden im Landesgericht Ried im Innkreis zwei junge Rechtsextremisten, die bei einem Konzert der Kommunistischen Jugend NS-Lieder gesungen, eine Hakenkreuzfahne geschwenkt und den Hitler-Gruß verwendet haben, zu teilweise bedingten Freiheitsstrafen verurteilt.
- Im Oktober 2010 findet im Gasthaus Lauber in Offenhausen eine „Politische Akademie“ der „Aktionsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP) statt, an der rund 70 Rechtsextremisten aus Österreich und Deutschland teilnehmen – darunter Szenegrößen wie Udo Pastörs, Fraktionsvorsitzender der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.
- Im Dezember 2010 werden im Landesgericht Wels drei Jugendliche, die im Mai 2009 bei einer Gedenkfeier in Ebensee KZ-Überlebende attackiert haben, zu bedingten Freiheitsstrafen verurteilt. Gegen diese Urteile werden Rechtsmittel eingebracht. Ein vierter Jugendlicher wird im Zweifel freigesprochen.
- Auch im Dezember erstattet ein niederländischer Manager Anzeige, weil auf einem Flohmarkt im Zentrum von Linz große Mengen an NS-Literatur angeboten werden – bis hin zu Neonazi-Propaganda wie der Broschüre „Die Auschwitz-Lüge“. Ein Standinhaber bekommt eine Verwaltungsstrafe und verliert seine Standgenehmigung. Die Linzer Stadträtin Susanne Wegscheider (ÖVP) will wirksame Flohmarktkontrollen durch Marktaufsicht und Polizei erreichen.
- Im Jänner 2011 wird der rechtsextreme Jugendclub „Objekt 21“ in Desselbrunn bei Schwanenstadt nach monatelangen Medienberichten und breiten Protesten von der Sicherheitsdirektion Oberösterreich rechtskräftig aufgelöst.
- Im Februar 2011 verbreiten unbekannte Täter, die der neonazistischen Homepage „Alpen-Donau.Info“ nahestehen, unter dem Motto „Der Volkstod kommt“ in Linz umfangreiches rechtsextremes Propagandamaterial. Als ein Bürger telefonisch die Polizei informiert, weigert sich diese, tätig zu werden.

¹ Richard Melisch ist u.a. Autor der antisemitischen Agitationsschrift „Krisengebiet Nahost“.

- Ebenfalls im Februar 2011 kritisieren Katholische Aktion, Evangelische Kirche, SPÖ, Grüne, KPÖ, ÖGB und Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ), dass die Anzeigen der Wahlbehörden gegen die „Nationale Volkspartei“ (NVP) und die „Bunten“ bereits eineinhalb Jahre zurückliegen, aber die Staatsanwaltschaften Linz und Wels noch immer keine strafrechtlichen Konsequenzen gezogen haben.
- Im März 2011 wird bekannt, dass ein Bürger bereits im Nov. 2010 die Sicherheitsdirektion Oberösterreich per E-Mail über eine rechtsextreme Facebook-Seite informiert hat, die gezielt den Fremdenhass schürt. Der Bürger erhielt keine Antwort und die Facebook-Seite verbreitet mit mehr als 15.000 Unterstützern nach wie vor ihre Hetzpropaganda.
- Ebenfalls im März 2011 erstatten zwei Bürger Anzeige, weil auf einem Flohmarkt in Mauthausen gleich auf mehreren Ständen NS-Devotionalien angeboten werden.
- Ebenfalls im März 2011 erstatten die Grünen bei der Staatsanwaltschaft Wels Anzeige gegen den rechtsextremen Internet-Versand „Nordic Squad“ (NS), der in Desselbrunn bei Schwanenstadt von früheren Aktivisten des behördlich aufgelösten Jugendclubs „Objekt 21“ betrieben wird.
- Ebenfalls im März 2011 erhält der Linzer Datenforensiker Uwe Sailer, der in der neonazistischen Szene recherchiert, per Post einen Strick mit Henkersknoten zugeschickt.
- Ebenfalls im März 2011 wird bekannt, dass ein führender Funktionär der „Nationalen Volkspartei“ (NVP) deutschen Gesinnungsgenossen empfohlen hat, Grundstücke von Moscheen durch Schweinekadaver zu schänden.

Das sind nur einige Beispiele von vielen.

Ein wesentlicher Teil der rechtsextremen und rassistischen Aussagen, Kontakte und Aktivitäten, die in Oberösterreich getätigt werden, ist der FPÖ und ihren Unterorganisationen zuzurechnen. Auch dazu einige Beispiele aus den letzten drei Jahren:

- Wie die Tageszeitung „Österreich“ aufdeckt, sind mehrere Funktionäre des Rings Freiheitlicher Jugend gleichzeitig im offen rechtsextremen „Bund Freier Jugend“ (BFJ)² aktiv. Parteiinterne Konsequenzen hat das keine. („Österreich“, 14., 16., 17., 23. und 31. Juli 2008).
- „Jede blonde, blauäugige Frau – das heißt jede Frau mit deutscher Muttersprache – braucht drei Kinder, weil sonst holen uns die Türkinen ein“, erklärt FPÖ-Landesobmann Lutz Weinzingler öffentlich. („ÖÖ. Nachrichten“, 19. September 2008)
- Auf der Liste der Freiheitlichen Arbeitnehmer bei der oö. AK-Wahl 2009 kandidiert Harald Haas, gleichzeitig Aktivist des offen rechtsextremen „Bundes Freier Jugend“ (BFJ)². In seinem Auto stellt von der Polizei eine schwarz-weiß-rote Fahne mit der Aufschrift „Nationaler Widerstand“ sicher. Bemerkenswert ist eine Aussage, die Haas vor Gericht gemacht hat: „Ich sehe keinen Unterschied zwischen BFJ und FPÖ ...“ („Österreich“, 26. September 2008)
- Die FPÖ verteidigt den „Freiheitskommers“ der dem rechtsextremen Milieu zugehörigen Burschenschaft „Arminia Czernowitz“ gegen breite Kritik aus demokratischen Organisationen. FPÖ-Landesobmann Lutz Weinzingler nimmt sogar an der Veranstaltung teil. Die Burschenschaft „Arminia Czernowitz“ ist Mitglied der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“, die für ein Großdeutschland in den Grenzen vom 1. September 1939 eintritt – also unter Einschluss Österreichs und der Sudetengebiete. („Kurier“, 28. Februar 2009)
- Im Linzer Gemeinderat lehnt die FPÖ als einzige Fraktion einen Antrag ab, der „demokratie- und fremdenfeindliche sowie rechtsextreme Tendenzen“ verurteilt und sich für „Pluralität, Demokratie und Weltoffenheit“ ausspricht. (Protokoll der Linzer Gemeinderatssitzung vom 12. März 2009)
- „Gemischte Sorte – Zuwanderung kann tödlich sein“ ist auf einem Aufkleber des Rings Freiheitlicher Jugend zu lesen. Dennis Russell Davies, der Chefdirigent des Bruckner-Orchesters, erstattet deshalb Anzeige wegen rassistischer Diskriminierung. Die FPÖ-Spitze steht vollinhaltlich hinter ihrem Parteinachwuchs. („Kurier“, 3. und 7. April 2009)
- Der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender verlangt eine „Notgesetzgebung“, durch die das Parlament sich selbst und die Sozialpartner für den Bereich der Arbeitswelt ausschaltet. Dieser Bruch der Bundesverfassung soll es je-

² Der „Bund Freier Jugend“ (BFJ) hat sich 2008 auf „Junge Aktion“ umbenannt. Heute existiert die Organisation in dieser Form nicht mehr. Mehrere Aktivisten dürften sich aber der Gruppe hinter der neonazistischen Homepage „Alpen-Donau.Info“ angeschlossen haben. Diese Homepage wird über einen US-Provider betrieben. Der Verfassungsschutz ermittelt seit vielen Monaten erfolglos.

dem Unternehmer ermöglichen, das Arbeitszeitgesetz und andere Arbeitnehmerrechte in seinem Betrieb außer Kraft zu setzen. Erst einen Tag nachdem ZIB2-Moderator Armin Wolf FPÖ-Bundesobmann Heinz Christian Strache wegen des demokratiefeindlichen Vorstoßes in Bedrängnis gebracht hat, distanziert sich die FPÖ-Spitze. Noch wenige Tage zuvor haben die Freiheitlichen Arbeitnehmer in Oberösterreich ihre Parteikameraden ausdrücklich verteidigt.³ (ZIB2-Tagebuch von Armin Wolf, 16. März 2009)

➤ FPÖ-Bundesobmann Heinz Christian Strache verharmlost in einer Rede vor dem FPÖ-Bundesparteitag im Linzer Design-Center die Attacke auf KZ-Überlebende bei einer Gedenkfeier in Ebensee: Die Täter seien „wirklich blöde Lausbuben“. Man solle nicht „Atombomben auf Spatzen werfen“. („ÖO. Nachrichten“, 18. Mai 2009)

➤ Auf der Liste der Linzer FPÖ für die Gemeinderatswahl 2009 kandidieren zwei Personen mit einer Vorgeschichte in offen rechtsextremen Organisationen: Horst Rudolf Übelacker war Mitglied der deutschen „Republikaner“. Sebastian Ortner, der früher Sebastian Müllegger hieß, war Aktivist der neonazistischen „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition“. Heute ist er Obmann der FPÖ Linz-Mitte. („tips Linz“, 20. Mai 2009, und „NEWS“, 4. Juni 2009) Beide ziehen in den Linzer Gemeinderat ein.

➤ Auch in Oberösterreich wird der FPÖ-Wahlkampf-Comic „Der blaue Planet“ an zehntausende Jungwählerinnen und Jungwähler verschickt. Der Comic – von der FPÖ aus Fördermitteln für Bildungszwecke finanziert – schürt Vorurteile gegen Zuwanderer, stellt einen EU-Vertreter als Schwein dar und enthält sowohl den in Deutschland verbotenen Kühnengruß als auch in gleich zwei Bildern die SS-Runen. („Kurier“, 28. Mai 2009)

➤ Karl Polacek war Landesführer der wegen NS-Wiederbetätigung verbotenen „Freiheitlichen Arbeiterpartei“ in Niedersachsen. 1992 wurde er wegen einer Axt-Attacke auf eine Antifaschistin aus Deutschland ausgewiesen. Danach gab Polacek in Oberösterreich jahrelang die Hetzschrift „Braunauer Ausguck“ heraus. Laut Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes war er auch „Organisator der Skinhead-Szene“. Ungeachtet dessen scheint Polacek gemeinsam mit anderen offenen Rechtsextremisten – wie Richard Melisch¹ und Konrad Windisch⁴ – als Unterstützer im Personenkomitee des FPÖ-Spitzenkandidaten bei der EU-Wahl, Andreas Mölzer, auf. Erst nachdem die Tageszeitung „Kurier“ darüber berichtet hat, wird Polacek als Unterstützer gestrichen. („Kurier“, 28. Mai 2009)

➤ Bei einer Kundgebung zum Finale des EU-Wahlkampfes, die die FPÖ auf dem Steyrer Hauptplatz abhielt, beschimpft FPÖ-Bundesobmann Heinz Christian Strache friedliche Gegendemonstranten als „rote Nazis“. (www.rundschau.co.at, 6. Juni 2009)

➤ Bei einer weiteren Kundgebung zum Finale des EU-Wahlkampfes, die die FPÖ in der Frankenburg Mehrzweckhalle abhielt, hetzen FPÖ-Bundesobmann Heinz Christian Strache und FPÖ-Spitzenkandidat Andreas Mölzer ausdrücklich gegen die in Frankenburg ansässige Arigona Zogaj und ihre Familie⁵. („profil“, 6. Juli 2009)

➤ Wie das Wochenmagazin „NEWS“ aufdeckt, verweigert das Bundesheer dem Linzer FPÖ-Obmann Detlef Wimmer eine Offizierskarriere. Ausdrücklicher Grund dafür sind rechtsextreme Kontakte von Wimmer. Er hat sich wegen der Karrieresperre am 19. Dezember 2007 an die zuständige Parlamentarische Beschwerde-Kommission gewandt. Von dieser ist der Fall eingehend geprüft und die Beschwerde abgelehnt worden. („NEWS“, 23. Juli 2009) Trotzdem wird Wimmer nach der Gemeinderatswahl Linzer Sicherheitsstadtrat.

➤ Der Welser FPÖ-Obmann Bernhard Wieser unterstützt die Kandidatur der „Nationalen Volkspartei“ (NVP) mit seiner Unterschrift. („Kurier“, 8. Oktober 2009) Als er unterschreibt, ist öffentlich bekannt, dass das Parteiprogramm der NVP zum Teil wortwörtlich aus einem Schulungstext der SS stammt. Die zuständige Wahlbehörde lässt die NVP in der Folge nicht zur Wahl zu und zeigt sie wegen NS-Wiederbetätigung an.

➤ Der Linzer FPÖ-Obmann Detlef Wimmer wird von verschiedenen Seiten scharf kritisiert: Er ist Vorzeigemitglied der Burschenschaft „Arminia Czernowitz“, die eine Veranstaltung mit dem rechtsextremen deutschen Publizisten Ri-

³ Die FPÖ und die Freiheitlichen Arbeitnehmer geben vor, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten. Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus: Während ihrer Regierungsbeteiligung (2000 – 2004) hat die FPÖ zahlreiche Belastungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitbeschlossen – von der Pensionsreform über die Anhebung der Rezeptgebühren und die Besteuerung der Unfallrente bis zu Verschlechterungen im Lehrlingsrecht und im Urlaubsrecht der Bauarbeiter. Aber auch die aktuellen Forderungen der FPÖ laufen auf Belastungen hinaus: So verlangt sie eine „echte Privatisierung“ öffentlicher Güter, was erfahrungsgemäß zu Arbeitsplatzabbau, schlechteren Arbeitsbedingungen und teureren Leistungen für die Kundinnen und Kunden führt.

⁴ Konrad Windisch, Schriftleiter der von der rechtsextremen „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP) herausgegebenen Zeitschrift „Kommentare zum Zeitgeschehen“, wurde 1996 wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung zu einer bedingten Haftstrafe von einem Jahr verurteilt.

⁵ Zitat Andreas Mölzer: „Wir sind da ja in der Heimat des Fräulein Zogaj. Ich wusste gar nicht, dass wir im Kosovo sind.“ Zitat Heinz Christian Strache: „Wenn ich Bundeskanzler bin, gib'ts eine Familienzusammenführung – im Kosovo!“ („profil“, 6. Juli 2009)

chard Melisch¹ durchgeführt hat. Beworben wurde die Veranstaltung durch ein Plakat mit einem nur geringfügig veränderten NSDAP-Motiv. („Kurier“, 6. Mai 2010, und „Österreich“, 7. Mai 2010)

- Der Ansfeldner FPÖ-Vizebürgermeister Albert Wituschek spricht in einer Gemeinderatssitzung im Zusammenhang mit Integrationspolitik von „Umvolkung“ – verwendet also einen NS-Begriff. („Kurier“, 12. Mai 2010)
- Der Welser FPÖ-Obmann und -Vizebürgermeister Bernhard Wieser lässt die 1940 vom NS-Bürgermeister Josef Schuller in Auftrag gegebene „Venus von Wels“ auf Kosten der Stadt restaurieren. Wieser will die Statue – laut Schuller ein „Gruß des nationalsozialistischen Wels an die Antike“ – vor dem neuen Kulturzentrum Herminenhof wiederaufstellen. Nach breiten Protesten verhindern SPÖ und ÖVP diesen „braunen Fleck“. Unterstützung findet Wiesers Plan dagegen bei der neonazistischen Homepage „Alpen-Donau.Info“. („Kurier“, 5., 6., 8. und 11. Juni 2010, und „ÖÖ. Nachrichten“, 8. Juni 2010)
- Der Welser FPÖ-Stadtrat Andreas Rabl behauptet in einer Presseaussendung, Schulkinder in Wels hätten Allah besingen müssen. Schuld daran sei die Politik der SPÖ. Tatsächlich haben in einer Volksschule katholische und muslimische Religionslehrer gemeinsam eine Feier gestaltet, in der von den Kindern je nach ihrem religiösen Bekenntnis Lieder gesungen wurden. Bezirksschulinspektorin Barbara Pitzer weist Rabls Vorwurf als „haltlos“ zurück. Der Welser SPÖ-Integrations Sprecher Johann Reindl-Schwaighofer wirft dem FPÖ-Stadtrat „polemische Hetze“ und „Schüren von Hass“ vor. („Kurier“, 5. und 6. Oktober 2010, und „ÖÖ. Nachrichten“, 5. Oktober 2010)
- Der FPÖ-Gemeinderat Heinz Mittermaier aus Attnang-Puchheim veröffentlicht auf seiner Homepage einen „Witz“: Ein Mann beantragt für seinen Hund Sozialhilfe. Denn das Tier sei „schwarz, arbeitslos, faul, kann kein Deutsch und hat keine Ahnung, wer sein Vater ist“. Mit dieser Begründung bekommt der Hund in Mittermaiers „Witz“ Sozialhilfe. Das Mauthausen Komitee Vöcklabruck nennt diese Veröffentlichung des FPÖ-Gemeinderats „widerlich, rassistisch, menschenverachtend und diskriminierend“. („Kurier“, 19. Oktober 2010)
- FPÖ-Landesobmann und -Landesrat Manfred Haimbuchner ist auch stellvertretender Vorsitzender des rechtsextremen Vereines „Witikobund“. Dieser Verein strebt ein Großdeutschland unter Einschluss Österreichs an, will also Österreich als selbständigen Staat beseitigen. („Österreich“, 11., 12. und 13. Februar 2011)
- Der Mitterkirchner FPÖ-Obmann Erwin Kiebler erscheint zu einer Sitzung eines Gemeindeausschusses in einem T-Shirt, dessen Aufschrift einen Code für „Heil Hitler“ enthält. Bürgermeister Anton Aichinger verwarnet Kiebler deshalb und droht ihm im Wiederholungsfall mit Sitzungsausschluss. Der Perger FPÖ-Bezirksobmann und -Landtagsabgeordnete Alexander Nerat verteidigt öffentlich Kieblers Verhalten, was breite Kritik auslöst. („Bezirksrundschau Perg“, 28. April, 5. und 12. Mai 2011, „Die Presse“ vom 13. Mai 2011)

Diese Auflistung von Aussagen, Kontakten und Aktivitäten der FPÖ und ihrer Unterorganisationen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es handelt es sich nur um einige – allerdings sehr aussagekräftige – Beispiele aus den letzten drei Jahren, und zwar nur um Beispiele mit Oberösterreich-Bezug. Viele ähnliche Aussagen und Aktivitäten aus anderen Bundesländern (etwa solche des FPÖ-Nationalratspräsidenten Martin Graf, der Grazer FPÖ-Nationalabgeordneten Susanne Winter und des Tiroler FPÖ-Nationalratsabgeordneten Werner Königshofer) wurden hier nicht berücksichtigt.

Trotzdem sind die obigen Beispiele aufgrund der zeitlichen Dichte und des inhaltlichen Gewichts ausreichend, um festzustellen: **Die FPÖ ist von ihrer Propaganda und ihrem darin zum Ausdruck kommenden Gedankengut her keine bloß rechtslastige oder rechtspopulistische, sondern eine eindeutig rechtsextreme Partei. Eine glaubwürdige Abgrenzung zu offen rechtsextremen Personen und Organisationen findet nicht statt. Kennzeichnend ist die Hetze gegen Minderheiten und Andersdenkende.**

Mit dieser Hetze wird auch der Boden für neonazistische Aktivitäten aufbereitet. Deshalb kann die FPÖ, die bei Wahlen kandidiert und Stimmen erhält, nur rein formal eine demokratische Partei genannt werden: Wer durch seine Propaganda immer wieder die Menschen- und Minderheitenrechte sowie den antifaschistischen Grundkonsens der Republik (verankert vor allem im Verbotsgesetz⁶ 1945 und im Staatsvertrag 1955) missachtet, handelt demokratiefeindlich. Es liegt an den demokratischen Parteien, aus diesen Tatsachen den richtigen Schluss zu ziehen.⁷

⁶ FPÖ-Bundesobmann Heinz Christian Strache hat sich mehrfach ausdrücklich für die Aufhebung des Verbotsgesetzes ausgesprochen, was eine Legalisierung nationalsozialistischer Wiederbetätigung bedeuten würde. (vgl. z.B. „Vorarlberger Nachrichten“, 23. Februar 2007)

⁷ Der „Standard“-Journalist Hans Rauscher schreibt in einem Kommentar zur politischen Entwicklung Österreichs: „Wenn ÖVP oder SPÖ die extreme Rechte wider alle Erfahrung doch weiter als Partner sehen, statt sie energisch und einfallreich zu bekämpfen, dann wird das in der Zerstörung des demokratischen Systems enden.“ („Der Standard“, 10. Juni 2009)